



GEMEINSCHAFTS- KUNDE

IM RAHMEN DES FÄCHERVERBUNDES
GEOGRAPHIE - WIRTSCHAFT
- GEMEINSCHAFTSKUNDE

I. Leitgedanken zum Kompetenzerwerb

STELLUNG DES FACHES

„In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach“ (Landesverfassung von Baden-Württemberg, Art. 21 Abs. 2). Angesichts nationaler und internationaler Veränderungsprozesse erhalten politisch-gesellschaftliches und ökonomisches Grundwissen sowie die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in unserem demokratischen System zu orientieren und zu engagieren, eine besondere Bedeutung. Verständnis des politischen Systems sowie Teilhabe und Mitwirkung am politischen Prozess sind unerlässlich, wenn Freiheit und Demokratie weiter entwickelt und nachhaltig gesichert werden sollen. Deshalb ist die Verankerung von Kompetenzen, welche die aktive Teilnahme im politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich ermöglichen, für unser Gemeinwesen unabdingbar.

Neben dem Elternhaus ist es vornehmlich Aufgabe der Schule und speziell des Faches Gemeinschaftskunde diesen Prozess politischer Bildung anzuregen und zu fördern.

Ausgehend vom Auftrag des Grundgesetzes sowie der Landesverfassung leistet das Fach Gemeinschaftskunde einen wichtigen Beitrag zur Werteerziehung und zur normativen Orientierung in der politischen Bildung.

Der Unterricht soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu gewinnen. Sie sollen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst werden und selbstständig denkende, rational urteilende

und sozial verantwortlich handelnde Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden, die die Regeln für ein rationales und gewaltfreies Austragen politischer Konflikte kennen und achten. Sie erkennen, dass Freiheit und Verantwortung die konstitutiven Elemente der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind, die es zu sichern und zu entwickeln gilt.

Teilhabe und Mitwirkung am politischen Prozess setzen den Erwerb spezifischer Kompetenzen voraus, die einander bedingen und ergänzen und darüber hinaus zur Studierfähigkeit beitragen. Die Kompetenzen werden in einem Prozess der Komplexitätssteigerung und der zunehmenden Differenzierung in den jeweiligen Klassenstufen altersgemäß umgesetzt.

KOMPETENZERWERB

Das Fach Gemeinschaftskunde vermittelt allgemeine Kompetenzen, die sich genuin aus politischen Frage- und Problemzusammenhängen ergeben. Demgemäß können die Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe 8 einfache politische, gesellschaftliche und ökonomische Sachverhalte und Probleme unter Anleitung untersuchen und darstellen. Sie können diese im Lichte ihrer eigenen und fremder Interessen beurteilen und verfügen über grundlegende Methoden und Möglichkeiten, um Veränderungen zu bewirken. Die Schülerinnen und Schüler ergänzen und erweitern schrittweise ihre Fähigkeiten zur Recherche und Darstellung politischer Probleme wie auch zur Beeinflussung politischer Prozesse. Sie entwickeln dabei im Laufe des Unterrichts allmählich ein höheres Maß an Selbstständigkeit. Darüber hinaus sind sie schließlich zunehmend eigenständig dazu in der Lage, Falluntersuchungen und Problemanalysen mithilfe politischer Kategorien (Interesse, Gemeinwohl, Konflikt, Konsens, Kompromiss, Regelung, Herrschaft, Macht, Recht, Werteorientierung, Legitimation, Effizienz, Partizipation, Nachhaltigkeit) durchzuführen. Dabei berücksichtigen sie unterschiedliche Politikdimensionen und unterscheiden im Diskurs zwischen konstatierenden, erklärenden und wertenden Urteilen. Methodische Kompetenzen, die durch das Fach Gemeinschaftskunde gefördert werden, dienen der Wahrnehmung und Analyse politisch-gesellschaftlicher und ökonomischer Vorgänge sowie der Beurteilung politischer Teilhabemöglichkeiten. Sie ergänzen dadurch die in den Leitgedanken für Geographie, Wirtschaft und Gemeinschaftskunde genannten Kompetenzen.

Der Fähigkeit, sich angesichts vielfältiger Beeinflussungsmöglichkeiten eine eigene Meinung zu bilden, muss im Fach Gemeinschaftskunde eine besondere Bedeutung zukommen. Dem entsprechend sind die Schülerinnen und Schüler bis Ende der Klassenstufen 10 beziehungsweise 12 zunehmend in



der Lage, die in Texten und anderen Materialien geäußerten politischen Meinungen hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit, der zugrunde liegenden Werthaltungen und politischen Interessen zu untersuchen. Sie kennen die fachspezifischen Methoden sozialwissenschaftlichen Arbeitens (Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung, Präsentation) und können diese altersgemäß anwenden. Sie können Texte und Materialien, die der politischen Teilhabe dienen, erstellen (zum Beispiel Leserbriefe, Flugblätter). Dabei lernen sie, unterschiedliche kommunikative beziehungsweise politische Absichten (Darstellung, Appell, Argumentation) sach- und situationsgerecht zu verfolgen.

Inhalte aus den Bereichen Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft verlangen jeweils spezifische Formen der Bearbeitung. Der Erwerb methodischer Kompetenzen soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, bei der selbstständigen Bearbeitung eines Themas eine angemessene Auswahl von Methoden der Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Präsentation vorzunehmen.

Soziale und personale Kompetenzen sind eng aufeinander bezogen. Sie zielen auf demokratische Verhaltens- und Kommunikationsweisen. Die Schülerinnen und Schüler erwerben die für die politische Kultur in einem demokratischen Gemeinwesen unverzichtbare Fähigkeit, auf der Grundlage der Anerkennung von Andersdenkenden selbstbewusst, sach- und situationsgerecht Diskussionen, Streitgespräche und Debatten auszutragen. Darüber hinaus leiten sie aus dem Grundgesetz elementare Wert- und Grundhaltungen ab und erkennen deren Bedeutung für die Entwicklung des demokratischen Systems.

Der Erwerb sozialer und personaler Kompetenzen ist als Prozess zu verstehen. Dieser entwickelt sich in einer altersgemäßen Auseinandersetzung mit Fachinhalten. Eine präzise Zuweisung und Evaluierung einzelner Kompetenzen auf bestimmte Klassenstufen wird der Qualität dieser Bildungsziele nicht gerecht. Dies gilt besonders für die unterschiedlichen Aspekte der Werteerziehung.

Im Verlauf des Fachunterrichts werden die Schülerinnen und Schüler fähig zum Perspektivwechsel. Sie sind bereit, die eigene Meinung der kritischen Prüfung anderer auszusetzen.

Auf dieser Grundlage entwickeln die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Oberstufe sozial-kommunikative Kompetenzen, die ihre Kooperationsfähigkeit fördern und zum zivilgesellschaftlichen Diskurs befähigen.

Personale Kompetenzen fördern einerseits die Teilhabe am politischen Prozess, andererseits demokratische Grund- und Werthaltungen. Die Schülerinnen und Schüler können zwischen

eigenen Interessen und sozialer Verantwortung abwägen. Sie haben Grundwerte und Verhaltensdispositionen wie Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte, Toleranz gegenüber anderen Lebensformen, Religionen, Weltanschauungen, Völkern und politischen Meinungen sowie Gewaltfreiheit und Zivilcourage verinnerlicht. Sie erkennen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung.

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln Fachkompetenz, indem sie sich auf einem ihrem Alter entsprechenden Niveau mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Politik befassen. Sie erwerben Kenntnisse der politischen, ökonomischen und rechtlichen Grundlagen unserer Gesellschaft und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung.

Bei der Analyse von Entscheidungsprozessen werden ihnen Handlungsspielräume und deren Grenzen deutlich und sie erkennen bei der Behandlung kontroverser Standpunkte und ihrer Begründungszusammenhänge die Vielschichtigkeit politischer Probleme. Bei der Beurteilung politischer Entscheidungen berücksichtigen sie deren langfristige Folgen.

DIDAKTISCHE PRINZIPIEN

Eine umfassende Erziehung zur Demokratie ist darauf angewiesen, dass der Unterricht in allen Fächern und das Schulleben sich als Raum verstehen, in dem die oben genannten Kompetenzen in einem überschaubaren Rahmen erworben und umgesetzt werden können.

Im Mittelpunkt aller didaktischen Überlegungen steht das Politische. Für die Unterrichtsplanung und -umsetzung sind dementsprechend folgende didaktische Prinzipien grundlegend:

- der enge Bezug zur politischen Aktualität und zu den jeweiligen Konflikten und Problemen (Problemorientierung);
- die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen und wissenschaftlichen Standpunkten (Kontroversität, Wissenschaftsorientierung);
- die Differenzierung und Verknüpfung von Analyse- und Erfahrungswissen (Exemplarisches und Kategoriales Lernen, Handlungsorientierung).

Die folgenden Fachkompetenzen konkretisieren die Umsetzung der Ziele und didaktischen Prinzipien des Faches Gemeinschaftskunde.

II. Kompetenzen und Inhalte

KLASSE 8

1. KINDER UND JUGENDLICHE IN FAMILIE UND GESELLSCHAFT

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Spannungsfeld zwischen Selbstverwirklichung und sozialen Erwartungen beschreiben;
- Erziehungsziele unterscheiden und bewerten;
- Chancen und Gefahren bei Gruppenprozessen erörtern;
- Lebensformen in unserer Gesellschaft beschreiben und vergleichen;
- Ansätze zur Überwindung spezifischer Benachteiligungen beider Geschlechter darstellen und beurteilen.

2. DEMOKRATIE IN DER GEMEINDE – TEILHABE UND MITWIRKUNG JUGENDLICHER AM WILLENSBILDUNGSPROZESS

Die Schülerinnen und Schüler können

- den Zusammenhang zwischen den Interessen Jugendlicher und politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene darstellen;
- kommunale Entscheidungskompetenzen an einem Beispiel darstellen;
- Möglichkeiten zur Beteiligung an der demokratischen Willensbildung in Schule und Gemeinde beschreiben.

3. DAS PROBLEM DER NACHHALTIGKEIT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Die Schülerinnen und Schüler können

- exemplarisch eine Gefahr für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts darstellen;
- Möglichkeiten für die Sicherung eines weltweiten ökologischen Gleichgewichts darstellen und beurteilen.

Bezug

- *Geographie - Themenfeld: Eine Erde - Eine Welt*
- *Wirtschaft*

KLASSE 10**GESELLSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND IM WANDEL****1. EINWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND**

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Bevölkerungszusammensetzung mithilfe von geeigneten Indikatoren beschreiben;
- Formen, Ursachen und Folgen der Migration erläutern;
- Möglichkeiten und Probleme der Integration in einer pluralistischen Migrationsgesellschaft darstellen und fallbezogen beurteilen;
- die Grundzüge des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts darstellen.

Bezug

- *Geographie Klasse 8 - Themenfeld: Weltweite Mobilität*
- *Geographie - Themenfeld: Menschen prägen Räume*

**2. AUFTRAG UND PROBLEME DES SOZIAL-
STAATES**

Die Schülerinnen und Schüler können

- Daten zu Aspekten sozialer Differenzierung unter einer Fragestellung auswerten;
- das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes erläutern und exemplarisch kontroverse sozialpolitische Konzeptionen unterscheiden;
- das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland darstellen;
- Reformansätze in einem Bereich der sozialen Sicherung beschreiben und auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen.

3. RECHT UND RECHTSPRECHUNG**IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Die Schülerinnen und Schüler können

- die besondere Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen darstellen;

Bezug

- *Wirtschaft Klasse 8*

- die Funktion des Rechts erläutern und die Bereiche des öffentlichen und privaten Rechts voneinander abgrenzen;
- an einem Fall Ursachen von Kriminalität und Formen sowie Zweck von Strafe erörtern.

**4. DER POLITISCHE WILLENSBILDUNGS- UND
ENTSCHEIDUNGSPROZESS IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND****4.1 Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess**

Die Schülerinnen und Schüler können

- Möglichkeiten der politischen Teilhabe anhand des Grundgesetzes (GG) beschreiben;
- die durch den Art. 21 GG verbriefte Mitwirkung der Parteien am politischen Willensbildungsprozess benennen und erläutern;
- Parteien gegenüber Verbänden und Bürgerinitiativen abgrenzen;
- das Wahlrecht zum Bundestag darstellen;
- Möglichkeiten der Erweiterung des repräsentativen Systems durch direktdemokratische Elemente darstellen und beurteilen;
- die Bedeutung der Medien für die politische Öffentlichkeit darstellen.

4.2 Die Gesetzgebung des Bundes

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Gesetzgebungsverfahren des Bundes erläutern;
- den Prozess der Entscheidungsfindung in der Verfassungswirklichkeit an einem ausgewählten Beispiel erläutern.

**5. DEMOKRATIE UND HERRSCHAFTSKONTROLLE
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Bedeutung der Grundrechte darstellen und an einem Fall das Spannungsverhältnis zwischen einzelnen Grundrechten erläutern;
- die Prinzipien der freiheitlichen Demokratie im Grundgesetz erläutern (Volkssouveränität, repräsentative Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Föderalismus, Gewaltenteilung beziehungsweise -verschränkung);
- einen Überblick über die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland geben;
- die verschiedenen Formen der Herrschaftskontrolle vergleichen.

**6. INTERNATIONALE POLITIK:
MENSCHENRECHTE UND FRIEDENSSICHERUNG**

Die Schülerinnen und Schüler können

- Generationen von Menschenrechten unterscheiden und ihren universalen Geltungsanspruch darstellen;
- Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte beziehungsweise zur Wahrung von Frieden und Sicherheit darstellen und bewerten.

**7. DIE ZUKUNFT EUROPAS UND DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Die Schülerinnen und Schüler können

- einen Überblick über die Ziele des europäischen Einigungsprozesses seit 1945 geben;
- die Institutionen der Europäischen Union darstellen und beispielhaft einen Entscheidungsprozess in der Europäischen Union beschreiben;
- Chancen und Probleme der Friedenssicherung in Europa an einem Beispiel darstellen.

KURSSTUFE (2-STÜNDIG)**1. POLITISCHE INSTITUTIONEN UND PROZESSE
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND****1.1 Politische Teilhabe und Demokratie**

Die Schülerinnen und Schüler können

- die institutionalisierte politische Partizipation als wesentliche Grundlage legitimer demokratischer Herrschaft erkennen und erklären;
- die verschiedenen Ebenen der Teilhabe (Europäischen Union, Bund, Länder, Gemeinden) differenziert darstellen;
- die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe darstellen und beurteilen;
- repräsentative und plebiszitäre Demokratie definieren und vergleichen;
- den Zusammenhang zwischen Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement sowie Zivilcourage und der Zukunft der Demokratie untersuchen und beurteilen.

1.2 Kontrolle politischer Herrschaft und politischer Entscheidungsprozess

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Grundgesetzes erklären;
- die Kontrolle politischer Herrschaft in Verfassungsrecht (Grundgesetz) und Verfassungswirklichkeit (Bundesrepublik Deutschland) vergleichen;
- das Gesetzgebungsverfahren nach dem Grundgesetz mit der Verfassungswirklichkeit an einem aktuellen Beispiel vergleichen;
- die staatliche Handlungs- und Reformfähigkeit beurteilen.

2. WIRTSCHAFTSWELT UND STAATENWELT**2.1 Weltwirtschaft und internationale Politik**

Die Schülerinnen und Schüler können

- den Prozess der Globalisierung der Weltwirtschaft beschreiben;
- Tabellen beziehungsweise Grafiken zur weltwirtschaftlichen Entwicklung auswerten;
- Ursachen und Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung erläutern;
- unterschiedliche Bewertungen des Globalisierungsprozesses darstellen und beurteilen;
- weltweite beziehungsweise regionale Institutionen zur politischen Gestaltung der globalisierten Wirtschaft anhand geeigneter Kategorien untersuchen;
- einen internationalen ökonomischen Konflikt analysieren und darstellen;
- aktuelle wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen erklären und bewerten.

2.2 Friedenssicherung und Konfliktbewältigung

Die Schülerinnen und Schüler können

- einen Überblick über die internationale Ordnung geben;
- exemplarisch sicherheitspolitische Herausforderungen und Lösungsversuche darstellen und beurteilen;
- sicherheitspolitische Leistungen von Allianzen und internationalen Organisationen bewerten;
- die Notwendigkeit beziehungsweise Legitimität humanitärer Interventionen erörtern.

KURSSTUFE (4-STÜNDIG)
1. SOZIALSTRUKTUR
UND SOZIALSTAATLICHKEIT IM WANDEL
1.1 Gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftspolitische Herausforderungen

Die Schülerinnen und Schüler können

- Daten zur Analyse der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland auswerten;
- Ansätze zur Beschreibung der Sozialstruktur sowie deren Indikatoren darstellen und beurteilen;
- Ursachen, Entwicklungstendenzen und mögliche Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels erläutern;
- Möglichkeiten der Gesellschaftspolitik erörtern.

1.2 Bevölkerungsentwicklung und Migration

Die Schülerinnen und Schüler können

- ihre Kenntnisse der Gesellschaftsanalyse auf die Beschreibung aktueller Entwicklungen anwenden;
- Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung darstellen und deren Implikationen beurteilen;
- das Phänomen der Migration als besondere gesellschaftspolitische Aufgabe erfassen;
- Maßnahmen der Integrationspolitik erläutern und in der Kontroverse über Zielsetzung und Reichweite von Integrationspolitik Stellung beziehen.

1.3 Die Ausgestaltung des Sozialstaats

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Grundprinzipien und Kernbereiche des Systems der sozialen Sicherung erläutern;
- das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes analysieren und interpretieren;
- Solidarität und Subsidiarität als Grundprinzipien unterschiedlicher sozialpolitischer Ansätze definieren;
- Probleme des modernen Sozialstaats zusammenfassend darstellen;
- verschiedene Reformansätze, die auf die Probleme des Sozialstaats zu antworten versuchen, darstellen und beurteilen;
- die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik und ihrer Reichweite darstellen und beurteilen;
- die Forderung nach einer europäischen Sozialunion unter politischen und wirtschaftlichen Aspekten erörtern.

2. WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK
UND WIRTSCHAFTSPOLITIK
2.1 Markt und Staat

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben;
- ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern;
- zu Grundpositionen in der Debatte über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft Stellung nehmen.

2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können

- Verlauf und aktuellen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung mithilfe ausgewählter Indikatoren darstellen;
- daraus den aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf ableiten und erklären;
- die Diskussion um die Erweiterung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs (Magisches Viereck) erläutern und dazu Stellung nehmen;
- Aufgabenbereiche der Stabilisierungspolitik (Wachstumspolitik, Konjunkturpolitik, Strukturpolitik) unterscheiden;
- Leistung und Reichweite der Instrumente der Wirtschaftspolitik analysieren und bewerten;
- Zielvorgaben und Zielerfüllung in der Geld- und Fiskalpolitik darstellen.

2.3 Globalisierung und Strukturwandel

Die Schülerinnen und Schüler können

- anhand von Tabellen beziehungsweise Grafiken Entwicklungen der Weltwirtschaft darstellen;
- in einem Überblick Dimensionen und Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses erläutern;
- Erklärungsansätze für Globalisierung vergleichen und beurteilen;
- die Chancen und Risiken einer zunehmenden Verflechtung und Interdependenz der Weltwirtschaft darstellen und erörtern;
- Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik erörtern und dabei die Rolle der Nationalstaaten beurteilen.

3. POLITISCHE INSTITUTIONEN UND PROZESSE

3.1 Politische Teilhabe und Demokratie

Die Schülerinnen und Schüler können

- die institutionalisierte politische Partizipation als wesentliche Grundlage legitimer demokratischer Herrschaft darstellen und im Überblick beschreiben;
- direkte und indirekte Teilhaberechte (Artikel 5, 8, 9, 20, 21, 28 GG) sowie die verschiedenen Ebenen der Teilhabe (Europäischen Union, Bund, Länder, Gemeinden) differenziert darstellen;
- die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern und die Kritik an den Medien beurteilen;
- die Funktion der Parteien in der repräsentativen Demokratie erläutern;
- den Wandel des Parteiensystems erklären;
- die Kritik an den Parteien und am Parteienstaat überprüfen;
- Wahlrecht und Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland erklären;
- eine aktuelle Wahl anhand ausgewählter Faktoren analysieren;
- repräsentative und plebiszitäre Demokratiekonzeptionen definieren und vergleichen;
- die Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie bewerten;
- den Zusammenhang zwischen Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement sowie Zivilcourage und der Zukunft der Demokratie untersuchen und beurteilen.

3.2 Gewaltenteilung

und Kontrolle politischer Herrschaft

Die Schülerinnen und Schüler können

- Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland anhand des Grundgesetzes erklären (Artikel 20, 43, 63, 67 GG);
- verschiedene Kontrollmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie benennen;
- die Kontrolle politischer Herrschaft in Verfassungsrecht (Grundgesetz) und Verfassungswirklichkeit (Bundesrepublik Deutschland) vergleichen;
- die Rolle von Regierung, Mehrheits- und Minderheitsfraktionen bei der parlamentarischen Kontrolle beschreiben und anhand geeigneter Kategorien beurteilen;
- Gewaltenteilung und -kontrolle in der Europäischen Union darstellen;
- die Kontrollfunktion der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes zur Einhaltung von EU-Recht bewerten;
- die Kontrollfunktionen des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags vergleichen;
- die Wirksamkeit formeller und informeller Kontrolle auf nationaler und europäischer Ebene bewerten.

3.3 Politischer Entscheidungsprozess

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Gesetzgebungsverfahren nach dem Grundgesetz erläutern und mit der Verfassungswirklichkeit an einem aktuellen Beispiel vergleichen;
- Artikel 20 GG und neue Staatszielbestimmungen erläutern und beurteilen;
- staatliche Reformfähigkeit und Problemlösungsverfahren bewerten;
- diese mit der Problemlösungskompetenz der Europäischen Union vergleichen.

4. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND INTERNATIONALE POLITIK

4.1 Struktur der Staatenwelt und Konfliktbewältigung

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Struktur der internationalen Staatenwelt mithilfe eines Kategorienmodells beschreiben;
- sicherheitspolitische Herausforderungen exemplarisch anhand einer aktuellen Konfliktsituation analysieren;
- Risiken für die innere und für die äußere Sicherheit abgrenzen von ökologischen und wirtschaftlichen Risiken;
- den Beitrag internationaler Organisationen, insbesondere der NATO und der UNO, zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung bewerten.

4.2 Friedenssicherung durch Demokratisierung und Menschenrechtspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können

- den Prozess der Friedenssicherung durch Demokratisierung erläutern und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausbreitung der Demokratie erörtern;
- die These einer einheitlichen Weltzivilisation beziehungsweise eines Zusammenpralls der Kulturen erörtern;
- Legitimität, Nutzen und Notwendigkeit einer aktiven Menschenrechtspolitik erörtern.